



3. Sitzung

11.11.2016

Magdeburg, Landtagsgebäude, Domplatz 6-9

1. Entwurf eines Gesetzes über das Verbot der Gesichtverschleierung im öffentlichen Raum des Landes Sachsen-Anhalt

Gesetzentwurf Fraktion AfD - **Drs. 7/287**

Der Ausschuss für Recht, Verfassung und Gleichstellung schloss sich mit 9 : 3 : 0 Stimmen der vorläufigen Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Inneres und Sport an und empfiehlt den Gesetzentwurf abzulehnen.

2. Änderung § 85 Abs. 1 der Geschäftsordnung des Landtages von Sachsen-Anhalt

Antrag Fraktion AfD - **Drs. 7/387**

Der Ausschuss für Recht, Verfassung und Gleichstellung verabschiedete mit 8 : 3 : 0 Stimmen eine Beschlussempfehlung an den Landtag und empfiehlt den Antrag abzulehnen.

3. Sachsen-Anhalt: Für eine Kultur, in der Vielfalt Normalität und Stärke ist

Antrag Fraktion DIE LINKE - **Drs. 7/479**

Der Ausschuss für Recht, Verfassung und Gleichstellung führte eine Beratung durch und wird diesen Beratungsgegenstand in seiner nächsten Sitzung erneut aufrufen. Die Koalitionsfraktionen stellten in Aussicht, zu dieser Beratung dem Ausschuss einen Vorschlag für eine Beschlussempfehlung zu unterbreiten.

4. Ungeklärte Todesfälle in Merseburg und Staßfurt aus DDR-Zeiten

Selbstbefassung Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - **ADrs. 7/REV/4**

Im Ergebnis der Beratung kam der Ausschuss für Recht, Verfassung und Gleichstellung überein, dass Ministerium für Justiz und Gleichstellung zu bitten, zu gegebener Zeit unaufgefordert über den Fortgang der Verfahren zu berichten.

5. Verschiedenes

5.1. Niederschrift

Der Ausschuss für Recht, Verfassung und Gleichstellung billigte die Niederschrift über die 2. Sitzung am 16.09.2016.

5.2. an den Ausschuss verteilte Schriftstücke

Der Ausschuss für Recht, Verfassung und Gleichstellung nahm ein Schreiben der Deutschen Justiz Gewerkschaft zur Kenntnis. Bezüglich eines Bürgerschreibens kam der Ausschuss überein, dies dem Petitionsausschuss zuzuleiten.

5.3. Petitionen

Der Ausschuss für Recht, Verfassung und Gleichstellung nahm die Petitionen Nr. 6-I/00407 sowie Nr. 6-J/00235 zur Kenntnis.

5.4. Reise in Ausschussstärke

Der Ausschuss für Recht, Verfassung und Gleichstellung kam überein, die Vollausschussreise in der siebenten Wahlperiode in der Zeit vom 29.05. bis 02.06.2017 nach Tallinn / Estland durchführen zu wollen.

5.5. Terminplan 2017 / Beratungen zum Haushalt 2017/2018

Der Ausschuss stimmte dem im Vorfeld der Sitzung verteilten Terminplanentwurf mit einer Änderung zu. Um den Erfordernissen der Terminplanung der Haushaltsberatungen im Ausschuss für Finanzen Rechnung zu tragen, wurde die ursprünglich für den 20.01.2017 vorgesehene Sitzung auf den 13.01.2017 vorverlegt.

5.6. Vorhaben der Justizministerkonferenz (JuMiKo) zu Veränderungen in den bundesgesetzlichen Rahmenregelungen der Jurist*innenausbildung, insbesondere zum Schwerpunktbereichsstudium und zur universitären Schwerpunktbereichsprüfung – ADrs. 7/REV/5

Auf Antrag der Fraktion DIE LINKE hat sich der Ausschuss für Recht, Verfassung und Gleichstellung darauf verständigt, dieses Thema in seiner Sitzung am 02.12.2016 zu behandeln.

5.7. Termine

Der Ausschuss stimmte der Teilnahme im Auftrag des Ausschusses der eingeladenen Mitglieder an der Jubiläumsfeier der Koordinierungsstelle für Frauen- und Geschlechterforschung in Sachsen-Anhalt am 30.11.2016 zu.

Die nächste Ausschusssitzung findet am 02.12.2016 im Landgericht Halle u. a. mit folgenden Tagesordnungspunkten statt:

- Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplans für die Haushaltsjahre 2017 und 2018 (Haushaltsgesetz 2017/2018 -HG 2017/2018-) – Drs. 7/540
- Sachsen-Anhalt: Für eine Kultur, in der Vielfalt Normalität und Stärke ist – Drs. 7/479
- Vorhaben der Justizministerkonferenz (JuMiKo) zu Veränderungen in den bundesgesetzlichen Rahmenregelungen der Jurist*innenausbildung, insbesondere zum Schwerpunktbereichsstudium und zur universitären Schwerpunktbereichsprüfung – ADrs. 7/REV/5